

Die Verbesserung der Welt

Gedanken zum Leben nach der Krise

von Martin Horváth

Erschienen in: Salzburger Nachrichten, 2. April 2020

Der Gesamtorganismus, den wir gemeinhin Welt nennen, wurde über Nacht von mikroskopisch kleinen Organismen in die Krise gestürzt. Ihre Überwindung wird vermutlich länger dauern, als wir uns jetzt vorstellen können und wollen. Es werden, von ein paar Krisengewinnern abgesehen, alle zu leiden haben, wenn auch in sehr unterschiedlichem Ausmaß. Gerade deshalb ist es enorm wichtig, sich schon jetzt Gedanken darüber zu machen, in welcher Welt wir leben oder nicht leben wollen, wenn einmal die Kranken geheilt, die Toten begraben und die schlimmsten Schäden behoben sein werden.

So wie bisher kann es nicht weitergehen – diesen Satz würden, auch ganz ohne Coronavirus, mittlerweile sehr viele Menschen unterschreiben. Was genau meint dieses „So“? Und was müssen wir tun, damit es statt „so“ grundsätzlich anders weitergeht?

1. Die gegenwärtige Krise offenbart, was von manchen Kritikern schon lange angeprangert wurde: dass viele nun als Systemerhalter geltende Menschen, die überwiegende Mehrheit von ihnen Frauen, zu den am schlechtesten bezahlten Kräften in eben diesem System gehören. Wie kann es sein, dass die von ihnen erledigte Arbeit der Gesellschaft so wenig wert ist, während am anderen Ende des Spektrums das Zehn-, Zwanzig- oder Hundertfache bezahlt wird? Liegt es an der Dauer der Ausbildung? Nicht allein, sonst müssten Musiker und Mediziner mit der längsten Regelstudiendauer mehr als alle anderen verdienen. Sind es Stress und lange Arbeitsstunden? Die gibt es in gut wie in schlecht bezahlten Branchen. Das simple Spiel von Angebot und Nachfrage? Dann müssten Kranken- und Altenpfleger, aber auch einfache Angestellte in der Gastronomie, über deren Mangel seit langem geklagt wird, zu den absoluten Spitzenverdienern

zählen. Es liegt auch nicht an der Verantwortung, mit der etwa gerne bei Konzernmanagern argumentiert wird: Gerade sie sind oft mehr den kurzfristigen Eigeninteressen und jenen der Eigentümer – steigende Börsenkurse und Dividenden – als dem langfristigen Wohlergehen des gesamten Unternehmens verpflichtet. Und gehen selbst dann, wenn sie einen Betrieb in die roten Zahlen gesteuert haben, aufgrund bestens ausgehandelter Verträge oft mit Millionen nach Hause.

Wer also setzt fest, dass gerade sie ein Vielfaches – hierzulande mehr als das 50-Fache, in den USA bei manchen Unternehmen das 1000- oder gar 5000-Fache – des Systemerhalters bezahlt bekommen? Es ist letztendlich die Finanzwirtschaft, der es im Verbund mit den großen multinationalen Konzernen gelungen ist, der Welt *ihr* Bild vom Leistungsträger als das einzig wahre zu verkaufen.

Es gilt daher, der Finanzelite die alleinige Deutungshoheit in dieser Frage zu nehmen. Es gilt, einen Diskurs darüber zu eröffnen, wie Leistung in Zukunft definiert wird und welchen jeweiligen Stellenwert sie für die Gesellschaft und deren langfristiges Wohlergehen hat.

2. Man würde mit derlei Debatten nur den Neid schüren, heißt es von jenen, die sich bisher als Leistungsträger präsentieren. Dabei sind sie es, die über viele Jahre hinweg stillschweigend davon profitierten, dass sich der Neid in Wahrheit gegen eine ganz andere Gruppe richtete: gegen die Schwächsten der Gesellschaft. Das laute Sündenbock-Geschrei der Rechten verdeckte dabei ganz wunderbar, dass der – teils gefühlte, teils tatsächliche – Wohlstandsverlust der letzten Jahre nicht dem Flüchtlingsproblem, sondern einer hauptsächlich an den Vorgaben der Finanzwirtschaft orientierten Politik und deren Auswirkungen zu verdanken ist.

Nein, es geht nicht um eine Neiddebatte, sondern im Gegenteil um eine Solidaritätsdebatte. Wie wichtig die in den letzten Jahren so gern als naives Gutmenschentum verunglimpfte Solidarität für den Zusammenhalt der Gesellschaft ist, hat sich gerade in der derzeitigen Krise wieder gezeigt. Solidarität sollte in Zukunft etwa heißen, dass wir auf das Ablenkungsmanöver –

Flüchtlinge, Ausländer, Arbeitsunwillige seien schuld an unserer Misere – nicht länger hereinkommen. Solidarität müsste aber auch heißen, dass die, die von der wachsenden Ungleichheit am meisten profitiert, sie durch ihr fahrlässiges Wirtschaftsgebaren hervorgerufen und dabei teilweise riesige Vermögen angehäuft haben, einen Solidarbeitrag leisten. Wir sitzen alle im selben Boot, heißt es. Ja. Aber: Die Manager von Österreichs zehn größten börsennotierten Unternehmen verdienten 2018 zwischen € 3,4 und 6,7 Mio. Brutto, also zwischen € 9.300 und 18.300 – pro Tag! Im Vergleich mit US-amerikanischen Spitzenmanagern mag das wenig sein; mit dem zuletzt genannten Tagesgehalt müssen allerdings viele der jetzt gefeierten Systemerhalter fast ein Jahr lang auskommen. Das gern beschworene gemeinsame Boot ist also ein kaum fahrtaugliches Vehikel: auf der einen Seite leckes Schlauchboot, dessen Insassen verzweifelt das eindringende Wasser auszuschöpfen versuchen, auf der anderen schicke Yacht, auf der vielleicht der Champagner knapp wird.

3. Die Finanzelite definiert nicht nur Leistung, sondern auch die Spielregeln für unser gesamtes Wirtschaftssystem. Mittels milliardenschwerem Lobbying ist es dieser mächtigen Phalanx aus multinationalen Konzernen, Investmentbanken, Private-Equity- und Hedge-Fonds, Weltbank und Int. Währungsfonds, Rating-Agenturen, Unternehmensberatern und Wirtschaftsanwälten gelungen, diese Regeln rund um den Globus von der Politik in Gesetze gießen zu lassen und sie in den Köpfen der Allgemeinheit sukzessive als „alternativlos“ zu verankern.

Der Versuch, die Welt als Markt und alles in dieser Welt zur Ware zu erklären, hat nicht nur zu schmerzhaften, oft als Modernisierung verkauften Einschnitten in öffentlichen Haushalten geführt, sondern auch für eine massive Umgestaltung und manchmal sogar Pervertierung der Realwirtschaft gesorgt: Bei vielen größeren, im Abstand von wenigen Jahren den Besitzer wechselnden Betrieben geht es offensichtlich schon lange nicht mehr um die Herstellung und den Verkauf möglichst qualitätvoller Produkte – seien es Schuhe, Tintenstrahldrucker oder

Sportartikel –, sondern darum, kurzfristig möglichst große Profite für Anteilseigner und Management zu erwirtschaften.

Ist diese Art des Wirtschaftens tatsächlich alternativlos? Ist es alternativlos, dass das System zu einem wesentlichen Teil auf den in Sekundenschnelle getroffenen, oft irrationalen Entscheidungen von Börsenhändlern basiert? Ist es alternativlos, Milliarden mit Wetten darauf verdienen zu können, dass jemand seinen Kredit wahrscheinlich nicht zurückzahlen wird? Dass die so erwirtschafteten Gewinne meist nicht dort versteuert werden, wo sie anfallen? Dass sie also in Wahrheit Verluste für alle anderen sind, denen man einredet, man könne sich den Sozialstaat nicht mehr leisten?

4. Die zuvor erwähnten Einsparungen in den öffentlichen Haushalten haben zu einer langfristigen Schwächung des Staates geführt. Selbst sozialdemokratische Regierungen haben dieses Narrativ – Staat ist schlecht, privat ist gut – weitergesponnen: Zuerst wurde der Staat *schlechtgeredet*, dann seine Leistungen z.B. in der Gesundheitsversorgung durch Einsparungen tatsächlich schlechter *gemacht*. Dadurch stieg die Rückendeckung für Privatisierungen und Auslagerungen, was wiederum zu einer weiteren Vernachlässigung staatlicher Leistungen führte. Die 2008 ausbezahlte staatliche Milliardenhilfe an Großbanken und andere Konzerne wurde aber nicht nur ohne Zögern angenommen, sondern mit größter Selbstverständlichkeit eingefordert. Die großen Gewinne, die die meisten Banken seither machten, kamen wiederum nur einigen wenigen zugute.

Gerade die gegenwärtige Krise hat die Wichtigkeit eines funktionierenden Staates vor Augen geführt. Genau jetzt böte sich daher die Chance, sich vom geltenden Narrativ zu verabschieden und es durch ein neues zu ersetzen. Eines, in dem mit Maß und Ziel eingehobene Steuern als notwendiger Beitrag zum langfristigen Wohlergehen einer Gesellschaft erachtet werden. In dem tatsächliche Wertschöpfung im Sinne der Allgemeinheit statt kurzfristiger Wertabschöpfung zugunsten weniger gefördert und belohnt wird. Ein Narrativ, in dem nicht der eine auf „die

Wirtschaft“, der andere auf „den Staat“ schimpfen muss, sondern jeder verstehen lernt, dass wir alle gleichzeitig Teil der Wirtschaft UND des Staates sind.

5. Die Krise wird viele dazu nötigen, mit weniger auskommen zu müssen als bisher. Für jene, die schon vorher – oft trotz Vollzeitarbeit und bescheidenen Ansprüchen – kaum über die Runden kamen, wird das eine besonders bittere Erfahrung. Anderen wird vielleicht klar werden, dass weniger manchmal tatsächlich mehr bedeuten kann: dass also in Zukunft an die Stelle des kapitalistischen Imperativs „Du musst konsumieren“ das Nachhaltigkeits-Interrogativum „Was brauche ich wirklich?“ treten sollte. Die gegenwärtige Krise bietet die beste Möglichkeit, darüber und über viele andere Dinge nachzudenken. Über das Verhältnis von Arbeit und Freizeit etwa. Über das Verhältnis von Wirtschaftswachstum und persönlichem Wachstum. Über die Tatsache, dass wir Menschen Teil dieses Gesamtorganismus namens Natur sind, in dem alles mit allem verbunden ist: der Kauf von palmöhlhaltigen Produkten mit der Brandrodung von Wäldern in Indonesien mit der Verschlechterung des Weltklimas. Das Anlegen riesiger Monokulturen in und der geförderte Export überschüssiger Lebensmittel nach Afrika mit der Zerstörung der Lebensgrundlagen der ortsansässigen Bevölkerung mit deren Auswanderung und Flucht nach Europa.

6. Wenn wir die gegenwärtige Situation nicht nur als Krise, sondern auch als Chance sehen wollen, um längst notwendige Veränderungen herbeizuführen, dann kommt der Bildung dabei ein besonderer Stellenwert zu. In Sonntagsreden wurde ihr – meist zusammen mit der Kultur – dieser ja schon immer bescheinigt. Sorgen wir mit allen zur Verfügung stehenden Kräften dafür, dass diesen Reden auch Taten, also Reformen, folgen. Reformen, die diesen Namen auch wirklich verdienen. Reformen jenseits ideologischer Grenzen, die sich nicht wie so oft als verdeckte Sparmaßnahmen entpuppen, sondern tatsächlich die Zukunft des Landes weit über die

nächste Legislaturperiode hinaus im Sinne haben. Kultur und Medien sollten dabei als Multiplikatoren, Verstärker und Erklärer den Bildungsinstitutionen zur Seite stehen.

7. Wichtig wird in jedem Fall sein, die positiven Folgen der Krise – die unglaubliche solidarische, kreative, spontane Energie, die dabei freigesetzt wurde – in das Danach zu retten, und die Negativa – wirtschaftlicher Einbruch, Einschränkung bürgerlicher Freiheiten, Überwachung, nationale Abschottung – möglichst rasch zu überwinden.

Martin Horváth lebt als Autor und Musiker in Wien. Zuletzt erschien von ihm der Roman "Mein Name ist Judith" (Penguin Verlag) und die Oper "Der Fremde".